

Zustände wie in der Bananenrepublik Deutschland

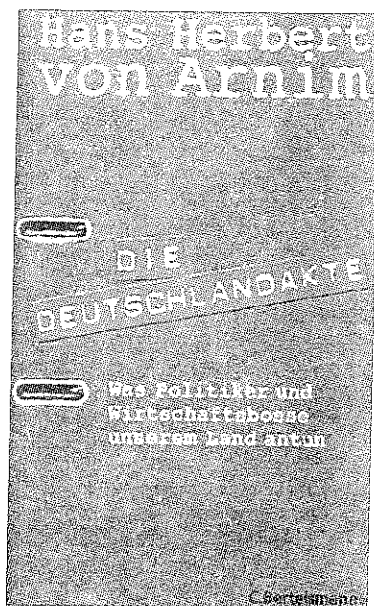
Von Gerald Semkat

Deutschlands bekanntester Parteienkritiker, Hans Herbert von Arnim, schreibt in seinem Buch „Die Deutschlandakte“ gegen Missbrauch und Deformation unserer Demokratie durch eine politische Klasse an. Diese Klasse werde von hauptberuflichen Funktionären in Parlamenten und Regierungen „über Fraktions- und Föderalismusgrenzen hinweg“ gebildet. Sie – und nicht hunderttausende Parteimitglieder, die sich ehrenamtlich und aufopferungsvoll für das Gemeinwesen einsetzen – sei für Fehlentwicklungen verantwortlich.

Berufspolitiker haben jahrzehntelang im eigenen Interesse die grundlegenden Normen, nach denen politische Macht erworben und gesichert wird, und die Institutionen, in denen sie ausgeübt wird, immer mehr verfälscht, meint von Arnim und schreibt: „Verfassung, Gewaltenteilung und politischer Wettbewerb werden unterlaufen. Scheinwahlen und überzogene Politikfinanzierung herrschen vor; Missbräuche bei Beamten- und Richterernennungen sind an der Tagesordnung. Aus Volkssouveränität ist die Souveränität der politischen Klasse geworden, deren Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern aufgehoben ist. Das hat sie zum neuzeitlichen absoluten Herrscher gemacht und die Richtung der politischen Willensbildung, die in der Demokratie eigentlich von unten nach oben verlaufen sollte, umgedreht.“

Fehlersuche und Reparatur-Handbuch

Möglich sei all das durch den Umstand geworden, dass die Verfassung von jenen gemacht worden ist, die sie eigentlich zähmen soll – von Berufspolitikern. Die Folgen – u. a. Parteienpatronage, Machtmissbrauch, Justiz und Medien unter Einfluss der Politik, die politische Bildung fest in Händen der politischen Klasse, politische Korruption – analysiert der Verfassungsrechtler in zahlreichen in sich geschlossenen Kapiteln.



Hans Herbert von Arnim: Die Deutschlandakte. C. Bertelsmann Verlag, München, Mai 2008. 368 Seiten 16,95 Euro. ISBN: 978-3-570-01024-2

Daran schließt sich ein Abschnitt an, den von Arnim mit „Des Buches roter Faden“ überschrieben hat. Der soll helfen, aus den vielen zuvor beschriebenen Einzelheiten eine Gesamtsicht zu verdeutlichen und klarzustellen, dass das Anliegen des Buches nicht Systemkritik im Sinne der Überwindung der bürgerlichen Demokratie ist, sondern die Rettung der Demokratie vor jenen, die den Staat als ihre Beute betrachten. Der Verfassungsrechtler zeigt vor allem Fehler auf, die zu immer mehr Politik- und Parteienverdrossenheit großer Teile des Volkes geführt haben. Das Buch ist eine Fehlersuche und im Ansatz auch ein Reparaturhandbuch.

Von Arnim führt uns – auch an Beispielen – eine angeschlagene Demokratie vor. Viel Raum widmet der Autor den politischen Parteien und den Abgeordneten. Er macht deutlich, dass Abgeordnete nicht Volksvertreter, sondern eigentlich Parteifunktionäre sind. So kritisiert er, dass die „Ochsentour“ von Parteimitgliedern in höhere Funktionen als erste Voraussetzung gilt, nicht aber die Eignung oder Kompetenz. In der Tat: So erworbener „Stallgeruch“ verführt wohl manchen dazu,

Geist durch stramme Haltung zu ersetzen. Aber gerade so etwas fördert einen „Fraktionszwang“, der nicht den Buchstaben des Gesetzes entspricht. Nach dem sind Abgeordnete, die frei und unmittelbar gewählt werden sollen, unabhängig und einzig ihrem Gewissen verantwortlich. Dagegen fördere die übliche Praxis disziplinierbare und gehorsame Parteisoldaten.

Pervertiert worden, so der Wissenschaftler, ist das Recht des Volkes, seine Vertreter selbst zu wählen. Zum Beweis zieht von Arnim Analysen heran, nach denen drei Viertel aller Abgeordneten längst vor der eigentlichen Wahl feststehen. Das Volk wählt Direktkandidaten und Parteien, die Listen aufstellen. „Wen die Parteien auf vordere Listenplätze setzen – und das ist die große Mehrheit der Abgeordneten –, der ist lange vor der Wahl praktisch schon gewählt, aber nicht vom Bürger.“ Der kann „die Abgeordneten durch Abwahl für ihr Tun nicht verantwortlich machen. Das schürt Parteien- und Politikverdrossenheit und trägt zum Rückgang der Wahlbeteiligung bei“. Obendrein werden Direktkandidaten in aller Regel mit guten Plätzen auf der Landesliste abgesichert, wodurch eine Wahlniederlage praktisch folgenlos ist. Der Kandidat kommt dennoch in den Bundestag.

Solch ein „inszeniertes Scheingefecht“ verhülle, dass die Wähler in „Wahrheit nichts zu sagen haben“. Wer aber von der Partei gewählt ist, ist von ihrer Gunst abhängig und ist ihr zu Dank verpflichtet – auch in Form von „Parteisteuern“. Das sind Sonderabgaben über den normalen Mitgliedsbeitrag hinaus. Mancher spende da mehr als 10 000 Euro im Jahr für seine Partei, weist von Arnim auf entsprechende Veröffentlichungen hin und moniert, so werde die Obergrenze für die Staatsfinanzierung der Parteien unterlaufen.

Zudem gelte diese „Zwangsabgabe“ als steuerbegünstigte Zuwendung, so dass die Politiker sie etwa zur Hälfte von ihrer Steuer abziehen können. Zusätzlich erhält die Partei darauf noch einmal

einen Zuschuss von 38 Prozent, rechnet von Arnim vor. Diese doppelte Subventionierung laufe dem verfassungsrechtlichen Sinn, die Verwurzelung der Parteien bei Bürgern und Mitgliedern zu prämiieren, diametral entgegen.

Nun beklagen Parteien seit Jahren Mitgliederschwund, und Bürger pflegen zunehmend Wahlabstinenenz. Das sind Indikatoren, die auf das Gegenteil von Verwurzelung hinweisen. Das kann ans Geld gehen. Die Einnahmen könnten unterhalb der gesetzlich festgelegten absoluten Obergrenze von 133 Millionen Euro (§ 18 Abs. 2 Parteiengesetz) bleiben. Wie die Schatzmeister der Parteien, „die dem Gesetzgeber regelmäßig die Feder führen“, dem vorgebeugt haben, führt von Arnim haarklein an Hand der finanziellen Vergütung von Wählerstimmen vor.

Gegengewicht gegen Machtmissbrauch

Der Autor reißt eine Reihe von Lösungswegen an. Etwa wenn er vorschlägt, dass der „Bürger auch unmittelbar an der Aufstellung der Kandidaten beteiligt und so den Parteien das Nominierungsmonopol aus der Hand genommen werden“ sollte: Er empfiehlt das Modell von Vorwahlen, das wir aus den USA für Wahlen zum Kongress und zu den Staatenparlamenten kennen.

Oder wenn er verhindern will, dass Wähler mit Koalitionen konfrontiert werden, die sie nicht gewollt haben. Wenn wackelige Koalitionsregierungen im Fünf-Parteien-System wahrscheinlich werden oder abgewählte Regierungen mangels Alternativen – wie in Hessen – weiterregieren können, drängt sich ein Vergleich mit dem britischen Parlamentarismus geradezu auf. Von Arnim bringt dann auch das Mehrheitswahlrecht ins Spiel. Weil das aber den kleinen Parteien den Garaus machen würde, schlägt er als Alternative die Direktwahl des Ministerpräsidenten der Bundesländer vor. Dies würde „das ganze Parlament freimachen dafür, die Regierung wirksam zu kontrollieren“.

Die Wiederherstellung von Volkssouveränität hat für ihn viel mit direkter Demokratie, also mit Volksbegehren und Volksentscheiden, als „wichtigstes Gegengewicht gegen Machtmissbrauch“ zu tun. So auch die direkte Wahl des Bundespräsidenten, was seine demokratische Legitimation stärken und ihm die Ausschöpfung seiner Kompetenzen erleichtern würde. Wie von Arnim schreibt, könnte das Staatsoberhaupt dann beispielsweise bei der Ernennung von Beamten Ämterpatronage wirkungsvoll eindämmen.

Am Schluss des Buches serviert der emeritierte Universitäts-Professor dem Leser seine Grundgedanken in geballter Form anhand von 16 Thesen. Das ist auch nötig, nachdem er ihn durch eine Sammlung von Polit-Schockern geführt hat. Ein Thriller, den man nicht aus der Hand legt, bevor man auf der letzten Seite angelangt ist. Wer also am Abend zugreift, sollte sich auf eine kurzweilige Lesenacht einstellen, in der er den Eindruck gewinnen kann, hier werden Zustände einer Bananenrepublik Deutschland beschrieben.

Schwarzbuch der dunklen Seiten

Von Arnims „Schwarzbuch“ der dunklen Seiten der Republik setzt die kritische Reihe fort, in der Bücher stehen wie „Staat als Beute“ und „Diener vieler Herren“. Bücher, die man liest, über die man spricht und über die Berufspolitiker am liebsten schweigen. Es ist wohl der Arroganz der Mächtigen und dem zunehmenden politischen Desinteresse der Bürger zuzuschreiben, dass man von Arnim zwar fast immer zustimmt – und dass sich dennoch wenig ändert. Wir kommen tatsächlich nicht daran vorbei, dass „wir nicht darauf warten dürfen, dass auf wunderbare Weise von selbst eine neue Welt geschaffen werde“, zitiert von Arnim den Philosophen Karl R. Popper. Es stimmt, dass Politik zu wichtig ist, als dass man sie allein den Berufspolitikern überlassen sollte.